

durch eine Liste der Mitglieder des Deutschvölkischen Schriftstellerverbandes, Quellen- und Literaturverzeichnis sowie – sehr positiv hervorzuheben – ein Personenregister.

H. ist es im Rahmen der von ihm ausgewerteten Quellen gelungen, das Wissen über die völkische Bewegung zu erweitern. Ein wissenschaftlich präziser und doch leicht verständlicher Schreibstil zeichnet die Arbeit aus. Der positive Eindruck, den die Studie in inhaltlicher Hinsicht erweckt, wird allerdings durch die sehr zahlreichen Druckfehler, das nachlässig redigierte Literaturverzeichnis und die Ankündigung eines nicht verwirklichten Anhangs mit Quellentexten beeinträchtigt.

Regensburg

Johann Kirchinger

*Klaus Fitschen, Siegfried Hermle, Katharina Kunter, Claudia Lepp, Antje Roggenkamp-Kaufmann (Hg.): Die Politisierung des Protestantismus. Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland während der 1960er und 70er Jahre, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011 (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte B 52), 350 S., ISBN 978-3-525-57451-5.*

Die wesentliche Veränderung der Gesellschaft und der Religion in der Bundesrepublik fand in den 1960er und 1970er Jahren statt. Neben Prozessen der Enttraditionalisierung des Glaubens, der Liberalisierung der Ordnungen und der Pluralisierung der religiösen Ausdrucksformen fand mit der Hinwendung zur Welt eine Neuformatierung des Verhältnisses der evangelischen Kirche zur Politik statt. Dieser vielfach als Politisierung begriffene Prozess ist Gegenstand einer Tagung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte gewesen, die im Jahre 2009 in Hannover stattgefunden hat und jetzt als Sammelband vorliegt. Claudia Lepp leistet mit ihrer Einleitung von den frühen Debatten im Protestantismus über eine misslungene Rechristianisierung und die Deutschland- und Verteidigungspolitik (Wiederbewaffnungsfrage) zur offen geliebten Friedensfrage hin. Die Abtragung des antidemokratischen Erbes der evangelischen Kirche war demzufolge Mitte der 1960er Jahre so weit fortgeschritten, dass die emanzipatorischen Potentiale des Protestantismus sich in Kombination mit dem Generationenwandel durchsetzten. Die Politisierung des Protestantismus wird als Resultat der Transformation der westlichen Gesellschaften in den „langen“ 1960er Jahren verstanden. Die Herausgeber leiten die nachfolgenden Sektionen jeweils ein und fassen die Diskussionen der

Tagung für die Leser zusammen. Dies unterstreicht den Charakter des Vorläufigen, des in den Diskussionen keineswegs endgültig Geronnenen, was u. a. die Pionierfunktion der Beiträge und ihren diskursiven Charakter in diesem breiten Forschungsfeld betont.

Detlev Siegfried leitet mit einem Überblick über die Politisierungsschübe in der Geschichte der Bundesrepublik zwischen 1945 und 1980 ein. Er verweist mit Blick auf religiöse Motivationen der Politisierten auf die steigenden Zahlen der Kriegsdienstverweigerer wie auf die Antirassismus- und Dritte-Welt-Initiativen der 1970er Jahre. In einem abschließenden Statement erörtert er zudem auf offene Fragen zum Politisierungsprozess des Protestantismus.

Unter dem Signum der „Foren der Politisierung“ schreibt Karin Oehlmann über die württembergische Landessynode als Beispiel, das darauf verweist, dass nur wenige allgemeinpolitische Themen auch Themen der Landessynode waren. Stephan Link zeigt für die Hamburger ESG, deren hohes politisches Engagement, das sich bis zu personalen Überschneidungen mit der radikalen Linken erstreckte. Der Konflikt, der dann 1978 mit der Kirchenverwaltung entstand (es kam zur Schließung der ESG und Räumung der Gebäude), wurde medial entsprechend ausgeschlachtet. Thomas Schlag verweist am Beispiel des Religionsunterrichts auf die neuen Ansätze eines problemorientierten und emanzipativen Unterrichts, doch zugleich auch auf die Begrenzungen, die sich rückblickend feststellen lassen.

In der theologiegeschichtlichen Sektion geht es um den christlich-marxistischen Dialog (Christian A. Widmann), um die Theologien der Hoffnung, der Revolution oder der Befreiung (Annegreth Strümpfel) und um emanzipative Strömungen, wie sie sich – in Deutschland allerdings erst in den 1980er Jahren institutionalisiert – in der feministischen Theologie (Kornelia Sammet) zeigten. Die mediale Politisierung der Religion beschreibt Nikolai Hannig am Beispiel der eher hemmenden Einflüsse der Publizisten Axel Springer und Rudolf Augstein – beide gerieten sich als „Hüter mystisch, spiritueller Glaubensformen“ (216) – und Sven-Daniel Gettys am Beispiel von Politisierungsdiskursen in protestantischen Zeitschriften.

Nur ein Beitrag über die Politisierung des Katholizismus 1968 von Pascal Eitler wirft den Blick auf die andere Großkirche, bei der am Beispiel von Schlaglichtern der politischen Theologie und der Katholischen Außerparlamentarischen Opposition (KAPO) die semantischen Grenzverschiebungen zwischen „Kirche“ und „Welt“ bzw. „Religion“

und Politik“ beschrieben werden. Eitler erscheint die Politisierung des Protestantismus wie des Katholizismus eher als „shared history“, denn als grundsätzlich voneinander unterschieden.

Im internationalen Teil wird betont, dass die Politisierung protestantischer Kirchen nicht nur ein deutsches Phänomen war, sondern sich auch in England, den skandinavischen Ländern oder auch beim tschechischen Theologen Josef Hromádka spiegelte. Das Ende des „konstantinischen Zeitalters“ war eine internationale Vorstellung, die sich in transnationale Entwicklungen des Kulturbruchs „1968“ einordnet.

Insgesamt repräsentiert der Band einige der Forschungen, die in diesem wichtigen Feld auf unterschiedlichen Ebenen durchgeführt wurden, kann aber nicht den Anspruch erheben, einen vollständigen Überblick zu leisten. Das Schwergewicht des Bandes liegt auf einer Politisierung des Protestantismus im Sinne einer politischen Geschichte und der Kontextualisierung ihrer Diskurse. Dies bedeutet eine Verengung, die sich nicht zuletzt in den Sektionen der Tagung abbildete. So wichtig die Fragen der Politisierung der Theologie, des Religionsunterrichts, die mediale Präsenz und Selbstüberschätzung dieser Politisierung und seine internationale Einbettung auch waren, so bleibt eine sozialgeschichtliche Fundierung doch offen. Die Wahrnehmungen, Deutungen und die Praxis der agierenden Protestanten bleiben seltsam ungefähr. So erscheint z. B. der Bereich der sozialdiakonischen Aktivität der evangelischen Kirche hier als schwarzes Loch. Die soziale Dimension der Kirche findet keine eigenständige Beschreibung. Themen wie die Geschichte der in den letzten Jahren in den Vordergrund drängende Randgruppenfürsorge (z. B. die Behandlung von Heimkindern oder von Behinderten) findet sich genauso wenig repräsentiert wie die Reaktion der Kirche auf die seit dem Beginn der 1970er Jahre spürbar werdende Individualisierung von Religion. War diese womöglich eine ‚entpolitisierende‘ Reaktion auf die normativierende Politisierung? Auf ein Manko wird zudem in den Beiträgen von Sven-Daniel Gettys, dem Statement von Detlef Siegfried und in der Schlussdiskussion hingewiesen: die mangelnde Unterscheidung der „Politisierung“ als analytische Kategorie oder als zeitgenössischer Kampfbegriff, der selbst einer Historisierung bedarf. Hier ist auch zukünftig noch viel Forschung zu leisten.

Trotz der erwähnten Abstriche angesichts der nur die Diskurse über die Politisierung des Protestantismus beschreibenden Beiträge in der Konzeptionierung des Bandes ist die-

ser letztlich ein Gewinn für die weitere Forschung. Er weist auf weiter existierende Defizite in der sozial- und zeitgeschichtlichen Erforschung des Protestantismus hin. Hier ist das Feld eröffnet.

Bochum

Uwe Kaminsky

*Hansjörg Buss: „Entjudete“ Kirche. Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918–1950). Paderborn, Ferdinand Schöningh 2011, 559 S., kartoniert, ISBN 978-3-506-77014-1.*

Im kollektiven Gedächtnis der Stadt Lübeck nimmt der Widerstand gegen den Nationalsozialismus einen prominenten Platz ein. Die Stadt erinnert an sich selbst mit dem, was ihr schmeichelt. Sie hat die Opponenten Willy Brandt, Julius Leber und Karl Friedrich Stellbrink mit Straßennamen geehrt und verbindet den schmerzlich empfundenen Verlust ihrer Eigenstaatlichkeit mit dem Hinweis auf souveränes politisches Verhalten: Weil die SPD- und Arbeiterhochburg „Nein“ zu Adolf Hitler gesagt und ihm 1932 kein Rederecht auf ihren Plätzen eingeräumt hat, habe dieser seinen Wahlkampfauftritt ins benachbarte Bad Schwartau verlegen müssen. Hitler habe die Hansestadt ob dieser Kränkung gehasst, sie nie wieder betreten und ihr 1937 den Freititel aberkannt. Mit dem Groß-Hamburg-Gesetz verlor die „Königin der Hanse“ ihre 700-jährige staatliche Unabhängigkeit und ein Drittel ihres Territoriums. Lübeck wurde der preußischen Provinz Schleswig-Holstein eingegliedert und ging nach dem Zweiten Weltkrieg als kreisfreie Stadt im gleichnamigen Bundesland auf. Landeshauptstadt wurde Kiel. Lübeck blieb bis zur Wiedervereinigung eine Stadt ohne Hinterland an der deutsch-deutschen Grenze.

In seiner Dissertation greift Hansjörg Buss diese Bausteine einer „Stille-Post-Geschichtsschreibung“ (zum Begriff: 341; zum Inhalt: 68) auf, bringt aber eine weniger rhetorische Seite ans Licht: „Unter staatlicher Protektion etablierte sich in Lübeck eines der radikalsten und unkirchlichsten Kirchenregimenter einer evangelischen Landeskirche im Deutschen Reich [...]. Leichter Hand wurden zentrale christliche Inhalte zugunsten einer vagen neuheidnisch-völkischen Religiosität geopfert, hinter der sich nichts anderes verbarg als die inhaltliche Verschmelzung mit der nationalsozialistischen Weltanschauung und die Überführung der Kirche in den NS-Staat.“ (351) Gemeinsames Ziel sei die „Entjudung“ (311) beider Bereiche gewesen zur „Schaffung